

Liebe Leserinnen und Leser,



der Newsletter informiert regelmäßig über aktuelle sozial- und gesundheitspolitische Themen in Sachsen und stellt GRÜNE-Initiativen im Landtag vor.

Aktuell setzen wir uns im Landtag ein für barrierefreies Wohnen, eine verlässliche Finanzierung der sozialen Arbeit in Sachsen und beschäftigen uns mit den aktuellen Herausforderungen in der Suchtpolitik. Wir haben die Staatsregierung aufgefordert die Gesundheitsfolgen des Klimawandels ernst zu nehmen und unseren Antrag im Plenum zur Abstimmung gestellt. Kontrovers diskutiert haben wir über die Unterstützung von Familien in Sachsen, die Schuldner- und Insolvenzberatung, die Krankenhausfinanzierung, die Mitbestimmung von SeniorInnen und die Jugendpauschale. Auch dieses Jahr habe ich gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Fraktionen den Internationalen Hebammentag am 5. Mai unterstützt.

Über Rückmeldungen freue ich mich.

Einen schönen Sommer mit spannender Lektüre wünscht Volkmar Zschocke

Barrierefreies Wohnen - Stadtteile für Jung & Alt entwickeln



Illustration: Marung+Bähr Dresden

Wir wollen, dass ein Landesprogramm zur Förderung generationengerechter, barrierefreier Quartiere in Sachsen erarbeitet wird. Das soll konkrete Maßnahmen und Projekte von Gemeinden im ländlichen und städtischen Raum finanziell unterstützen, die es älteren Men-

schen und Menschen mit Behinderung ermöglichen, im vertrauten Wohnumfeld leben zu bleiben. Die Fraktion hat dazu einen Antrag in den Sächsischen Landtag eingereicht. In Chemnitz habe ich darüber mit Expertinnen und ca. 30 interessierten Bürger*innen diskutiert.

- [Antrag: Selbstbestimmt und bezahlbar wohnen in jedem Alter – Programm zur Förderung generationengerechter, barrierefreier Quartiere in Sachsen schaffen](#)
- [Rückblick zur Podiumsdiskussion in Chemnitz: „Wie wollen wir morgen wohnen? Stadtteile für Jung und Alt entwickeln“](#)

Verlässliche Finanzierung der sozialen Arbeit in Sachsen

Im Doppelhaushalt wurden die Gelder im Sozialbereich aufgestockt, doch in vielen Bereichen 2015 nicht vollumfänglich ausgezahlt. Dieses Jahr gibt es ähnliche Probleme. Unsere Fraktion fordert die Staatsregierung mit einem Antrag dazu auf, die Fördermittel zügig und vollständig auszuzahlen. In der Anhörung zum Antrag zeigten die Sachverständigen auf, welche Konsequenzen diese Förderpraxis hat. Beratungsstellen mussten 2015 teilweise bis zum Jahresende ohne Finanzierungssicherheit arbeiten und das finanzielle Risiko allein tragen. Viele Vereine und Träger verfügen jedoch über keinerlei Rücklagen. Die Einrichtungen waren gezwungen, Kredite aufzunehmen, Gehälter auszusetzen oder sogar Mitarbeiter zu entlassen. Kurzum: Sie wurden akut in ihrer Existenz bedroht. So kann und darf es meiner Meinung nach nicht weitergehen. Die Finanzierung muss sichergestellt sein. Sonst wird zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft gespart. Wir werden die Finanzierung der Sozialen Arbeit in Sachsen weiterhin kritisch prüfen.

- [Antrag mit Stellungnahme der Staatsregierung: Sachsens Sozialberatungsstellen anerkennen – Fördermittel zügig und vollständig auszahlen](#)
- [Protokoll zur Anhörung im Sächsischen Landtag](#)
- [Pressemitteilung zur Finanzierung der sozialen Arbeit in Sachsen](#)

Aktuelle Herausforderungen in der Suchtpolitik

Momentan werden nur 20 Plätze zur stationären Therapie für suchtkranke Gefangene bereit gehalten, obwohl allein im letzten Jahr 135 Gefangene aufgrund ihrer Suchtmittelabhängigkeit ins Krankenhaus der Justizvollzugsanstalt Leipzig überstellt werden mussten. Unsere Fraktion fordert deshalb in einem aktuellen Antrag mehr Suchthilfeangebote in sächsischen Gefängnissen und spezielle Angebote für Crystal-Abhängige. Auch das Thema Familie und Sucht beschäftigt mich weiterhin. Ärzte warnen, die Zahl der Neugeborenen von Crystalabhängigen Müttern steigt seit 2007 drastisch an. Notwendig ist der weitere Ausbau von Therapieplätzen für abhängigkeitskranke Familien und ihre Kinder. Gemeinsam müssen wir alles dafür tun, dass auch diese Kinder eine Chance bekommen, einen guten Weg ins Leben zu fin-

den. Im Plenum habe ich Gesundheitsministerin Barbara Klepsch zum Suchtbericht 2015 befragt und wollte wissen, welche Schlussfolgerungen die Staatsregierung daraus für die Suchtkrankenhilfe in Sachsen zieht.

- [GRÜNER Antrag: Stationäre Suchttherapie im Strafvollzug umgehend ausbauen](#)
- [Pressemitteilung zu Suchterkrankungen bei Schwangeren](#)
- [Kleine Anfrage: Crystal und Kinderschutz in Sachsen](#)
- [Kleine Anfrage: Hilfen für von Crystal abhängige Eltern und deren Kinder in Sachsen](#)
- [Befragung von Gesundheitsministerin Klepsch zum Thema „Konsequenzen aus dem Bericht ‚Sucht 2015‘ der Suchtkrankenhilfe in Sachsen für die kommenden Jahre“ ansehen \(über den Internet Explorer möglich\)](#)

Gesundheitsfolgen durch den Klimawandel ernst nehmen

Die Auswirkungen des Klimawandels bekommen wir in Sachsen zunehmend zu spüren. Die Durchschnittstemperatur steigt, Witterungsextreme werden häufiger. Untersuchungen zeigen, dass während der Hitzeperioden die Krankheits- und Sterberaten ansteigen. Um handlungsfähig zu bleiben, erwarten wir, dass das sächsische Hitzewarnsystem schnellstens auf seine Funktionsfähigkeit hin geprüft und zweitens das Sozialministerium für die langfristige Arbeit in diesem Bereich in eine interministerielle Arbeitsgruppe für 'Klimafolgen' mit dem Umwelt- und dem Innenministerium eingebunden wird. Der Freistaat hat beides bereits 2008 aufgrund der Erfahrungen mit den Hitzewellen 2003 und 2006 angekündigt. Umgesetzt wurde es nicht, wie meine Nachfragen an die Staatsregierung ergeben haben. Die Koalition kommt unserer Forderung, diese Versäumnisse nachzuholen, nicht nach und lehnte den Antrag im Juni-Plenum ab.

- [Antrag: Gesundheitsfolgen durch den Klimawandel ernst nehmen – im Aktionsplan Klima und Energie angekündigte Maßnahmen endlich umsetzen](#)
- [Redebeitrag zum Antrag: Es reicht nicht, beim Thema Klimafolgen allein auf Natur, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft zu schauen](#)
- [Redebeitrag ansehen \(nur im Internet Explorer möglich\)](#)

Unterstützung von Familien in Sachsen

Die Unterstützung von Familien war Thema im Mai-Plenum. Die Koalition berichtete in einer aktuellen Stunde über die Förderung von Eltern-Kind-Zentren in Sachsen. Ich nutzte die Debatte, um auf aktuelle Probleme hinzuweisen. Etwa, dass eine Familienzusammenführung von geflüchteten Familien in Sachsen kaum mehr möglich ist, weil das Innenministerium das Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge nicht verlängert. Es ist wichtig, genau hinzusehen, welche Familien in Sachsen Unterstützung brauchen, welche Gründe es dafür gibt,

welche Angebote das Land Sachsen unterbreitet bzw. welche Angebote nötig sind, damit alle Familien eine Chance auf selbstbestimmte Zukunft haben. Die Antworten der Staatsregierung auf die Große Anfrage der Linken zum Thema "Familien mit Kindern im Freistaat Sachsen" zeigen wo mehr Unterstützung nötig ist.

- [Redebeitrag zur Aktuellen Stunde "Eltern stärken, Kinder fördern - Kitas auf dem Weg zu Eltern-Kind-Zentren"](#)
- [Redebeitrag zur Großen Anfrage "Familien mit Kindern im Freistaat Sachsen"](#)

Schuldner- und Insolvenzberatung

Die Lebenslagen, die zu Verschuldung und schließlich zur Privatinsolvenz führen können, sind vielseitig. Und Schulden entstehen nicht ausschließlich selbstverschuldet. Um so wichtiger ist ein flächendeckendes Netz an Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Die Koalition möchte die Schuldner- und Insolvenzberatung ausbauen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden bei den Haushaltsberatungen, die nach den Sommerferien beginnen, prüfen, ob die Ankündigungen auch umgesetzt werden. Unsere Fraktion hat sich mit dieser Forderung in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre nicht durchsetzen können.

- [Redebeitrag zum Antrag "Insolvenz privater Haushalte im Freistaat Sachsen"](#)

Krankenhausfinanzierung

Wir GRÜNEN setzen andere Schwerpunkte bei der Krankenhausfinanzierung. Das wurde bei der Diskussion zum LINKEN-Antrag "Krankenhäuser zukunftsfest machen - Finanzierung von Betriebs- und Investitionskosten spürbar verbessern" im Mai-Plenum deutlich. Eine große Herausforderung besteht bei der Aufstellung des neuen Doppelhaushaltes 2017/2018. Aus dem Strukturfonds des Bundes werden auf Sachsen voraussichtlich 25 Millionen Euro entfallen, die mit weiteren 25 Millionen kofinanziert werden müssen. Hier werden wir dem Finanzminister auf die Finger schauen, dass die landesseitigen Komplementärmittel nicht von den bisherigen Haushaltsmitteln für die Krankenhausinvestitionen einfach abgezogen, sondern zusätzlich bereitgestellt werden. Ansonsten wird der wiederkehrende Investitionsbedarf der sächsischen Krankenhäuser von jährlich über 200 Millionen Euro nicht mal annähernd gedeckt werden.

- [Redebeitrag zum Antrag "Krankenhäuser zukunftsfest machen"](#)

Mitbestimmung von SeniorInnen

Die Mitwirkungsrechte von Senioren und Seniorinnen sind in den letzten Jahren immer wieder diskutiert worden - im Landtag, bei Podiumsdiskussionen des DGB und auf zahlreichen Veranstaltungen der Landesseniorenvertretung. Auch unsere Fraktion hat sich mit dem Thema

intensiv befasst - bereits 2008 mit einem Antrag und zuletzt 2013 mit einem umfangreichen Positionspapier. Wir GRÜNE wollen verbindliche Möglichkeiten für ältere Menschen schaffen, ihre Interessen politisch zu vertreten. Voraussetzung dafür ist, dass die Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte auf Landesebene klar definiert sind. In Bezug ch habe allerdings Zweifel, in Bezug auf den Gesetzentwurf der LINKEN. Auch die Sachverständigen zur Anhörung kritisier- ten, dadurch werden Doppelstrukturen geschaffen es fehle weiterhin an einer klaren Aufga- benabgrenzung der Strukturen.

→ [Redebeitrag zum Entwurf für ein Seniorenmitwirkungsgesetz](#)

Jugendpauschale

Die sächsische Gesellschaft wird älter, junge Menschen auf dem Land werden weniger. Des- halb bleibt die Förderung der Jugendhilfe pro Kopf umstritten. Zum einen werden die ländli- chen Regionen benachteiligt. Dort ist es ungleich schwerer, Angebote in der Fläche zu halten. Zum Anderen bestätigen Experten, dass die zu betreuenden Einzelfälle komplexer und schwieriger werden. Die Höhe der Pauschale war von Beginn an willkürlich, kritisiert der Lan- desrechnungshof in seinem aktuellen Bericht. Seitens des Ministeriums sei allein die Kassen- lage entscheidend, nicht die Problemlagen in den Regionen. Das Rechenmodell zur Fi- nanzierung der Jugendhilfe ist daher zu überdenken. Wir fordern seit Jahren eine Grundfi- nanzierung für Kreise und Städte, einen Mindestbetrag für alle Regionen. Ich bin der Auffas- sung, dass die Pauschale dringend weiterentwickelt werden muss, damit Kinder- und Jugend- arbeit ihrem Auftrag gerecht werden kann. Der Handlungsbedarf ist groß.

→ [Redebeitrag zur Evaluation und Weiterentwicklung der Jugendpauschale](#)

Internationaler Hebammentag

Dieses Jahr habe ich gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Fraktio- nen den Internationalen Hebam- mentag am 5. Mai unterstützt. Unter dem Motto "Hebammen? Unver- zichtbar!" kämpfen wir GRÜNEN in den Ländern für den Erhalt der Ge- burtshilfe.



Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Ju-
gend, Familie, SeniorInnen, Soziales und Ge-
sundheit Telefon: 0351 / 493 48 26
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
volkmar.zschocke@slt.sachsen.de
www.volkmar-zschocke.de

Anne Kobes
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit
Behinderung
Telefon: 0351 / 493 48 27
anne.kobes@slt.sachsen.de

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes
Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de